



Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Norddeutsche Hafenkooperation entwickeln- Keine Zustimmung zur Elbvertiefung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- das Einvernehmen für den Planfeststellungsbeschluss zur Elbvertiefung nicht zu erteilen,
- kurzfristig mit den norddeutschen Bundesländern und der Bundesregierung in Verhandlungen über eine gemeinsame Hafenstrategie und der Kooperation der norddeutschen Häfen einzutreten.

Begründung:

Die EU-Kommission hat am 6.12. 2011 die geplante Elbvertiefung grundsätzlich gebilligt. Der Wirtschaftssenator der Stadt Hamburg hat daraufhin Mitte Dezember 2011 angekündigt, den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein bis Ende des Jahres 2011 den Entwurf für den Planfeststellungsbeschluss zur Elbvertiefung vorzulegen. Ein Einvernehmen des Landes Schleswig-Holstein ist erforderlich für den Beginn des Verfahrens.

Die geplante Vertiefung der Unterelbe bis zu einem Tiefgang von 14,5 m ist mit gravierenden Folgen für die Umwelt verbunden. Die Ausgleichsmaßnahmen der Vertiefungen des letzten Jahrzehnts sind noch nicht umgesetzt. Es ist zu befürchten, dass dieser gravierende Eingriff in Natur und Landschaft nicht ausgeglichen werden kann, da dafür keine Flächen zur Verfügung stehen. Dieses Problem zeigt sich aktuell beim Ausgleich für die Zuschüttung des Mühlenberger Lochs. Naturraum wurde unwiederbringlich zerstört, die Bestände geschützte Arten stark dezimiert. Wo und wann dafür ein Ausgleich stattfinden kann, steht in den Sternen. Das darf bei der Elbvertiefung nicht passieren!

Die Verschlickung der Häfen und Nebenflüsse entlang der Unterelbe wird weiter zunehmen.

Wegen der zunehmenden Versalzung des Elbwassers wird eine Beregnung von Obstbauflächen an der Unterelbe nicht mehr möglich. Gewerbebetriebe können zukünftig kein Süßwasser aus der Elbe entnehmen.

Hochwasser und Sturmfluten laufen schneller und höher auf. Die Deichsicherheit wird zunehmend gefährdet. Auf der schleswig-holsteinischen Seite der Unterelbe gibt es weitgehend nur eine Deichlinie. Deicherhöhungen oder zweite Deichlinien sind hier in wesentlichen Abschnitten nicht möglich. Dieses Projekt ist seit langem äußerst umstritten. Hamburgs Regierung versucht jetzt, noch vor der Wahl in Schleswig-Holstein Fakten zu schaffen. Laut Presseberichten möchte der Hamburger Wirtschaftssenator, dass im Frühjahr 2012 mit den Baggerarbeiten begonnen wird.

Die Antwort auf den sich wandelnden Schiffsverkehr und Schiffsgrößen kann nur eine energisch angegangene Hafenkooperation der norddeutschen Häfen sein. Sie muss den Wettbewerb der Hafengesellschaften nicht ausschalten und kann alle Standorte zu Gewinnern der aktuellen maritimen Entwicklung machen.

Marlies Fritzen, Bernd Voß, Andreas Tietze, Ines Strehlau
und Fraktion